Eßlinger Zeitung

ESSLINGER KREISZEITUNG · PLOCHINGER ZEITUNG

153. Jahrgang | Nr. 251 | Woche 44 | ZKZ 2716

Donnerstag, 29. Oktober 2020

www.esslinger-zeitung.de | 1,80 €



▶ Blick in die Welt

85 Jahre nach Baubeginn: Belgrader Dom wird fertig

Seite 7

▶ Stuttgart

Ordnungsbürgermeister Schairer vor dem Ruhestand

Seite 8



Seite 13

▶ Wirtschaft

Deutsche Bank profitiert von Verunsicherung

Seite 11

Teil-Lockdown ab Montag

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Schwimmbäder und ähnliche Einrichtunund die Ministerpräsidenten der Länder haben beschlossen, dass das öffentliche Leben in Deutschland weitgehend heruntergefahren wird. Ab Montag soll ein teilweiser Lockdown zunächst bis Ende November gelten: Schulen, Kitas und Geschäfte bleiben zwar geöffnet. Gastronomiebetriebe aber vom Restaurant bis zur Disco werden geschlossen, ebenso Theater, Kinos, Konzerthäuser, Freizeitparks,

gen. Der Freizeit- und Amateursportbetrieb in allen öffentlichen wie privaten Sportanlagen wird heruntergefahren. Ziel ist, bis Weihnachten das Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen

Im Pflegeheim Pliensauvorstadt in Esslingen sind zwei Bewohner in Zusammenhang mit einer Corona-Infektion gestorben. 13 weitere Bewohner haben sich angesteckt. Seiten 2 bis 5, 7, 14 und 15

Foto: imago/Janine Schmitz



► Kreis Esslingen

Engagiert für Menschen in Not



Seit mehr als 50 Jahren organisiert der Verein "Gemeinsam helfen" die Weihnachtsspendenaktion der Eßlinger Zeitung, und er konnte dank zahlreicher Spenderinnen und Spender schon vielen Menschen und karitativen Organisationen zur Seite stehen. Mit einer erfolgreichen Sonderaktion zur Corona-Krise hat sich die langjährige Vorsitzende Christine Bechtle-Kobarg aus der ersten Reihe verabschiedet. Seite 17

▶ Kommentar

Durchhalten

Das Ziel heißt: Weihnachten ohne Kontaktbeschränkung.

Von Annika Grah

 $E\,{}_{\text{s}}$ ist wohl so, dass viele Menschen eher ungläubig auf die neuen Kontaktbeschränkungen blicken. Diejenigen nämlich, die sich seit März an die Regeln hielten. Auch diejenigen, die verstanden haben, dass wir alle es ein Stück weit in der Hand haben, wie sich die Pandemie in Deutschland entwickelt und wie sehr die Wirtschaft unter neuen Zwangsmaßnahmen leidet. Und wohl auch diejenigen, die sich angesichts der hohen Infektionszahlen nun kopfschüttelnd die Frage stellen: Wie konnte es so weit kommen?

Die Frage können wohl die beantworten, die es nicht so genau genommen haben mit Abstand und Maske tragen. Die Regierenden müssen sich aber genauso fragen lassen, ob ihre Konzepte wirklich durchdacht waren - etwa in Baden-Württemberg, wo die zweite Warnstufe angesichts des galoppierenden Infektionsgeschehens nur kurz ausgerufen werden konnte. Und sie müssen sich an dem Versprechen messen lassen, dass die Wirtschaft, Schulen und Kitas nicht noch einmal so gebeutelt werden wie im Frühjahr.

Es braucht nachvollziehbare Warnsysteme, auf die sich die Bürger verlassen können. Sonst werden irgendwann auch die müde, die sich die bisher brav an Regeln gehalten haben. Vielleicht hilft es, dass nach der sich nun abzeichnenden Durststrecke ein gemeinsames Ziel steht: Weihnachten im Kreise der Lieben ohne Kontaktbeschränkungen.



Fernsehen Seite 6



► Wetter Seite 24

Heute stark bewölkt bis bedeckt, dabei fällt immer wieder mal Regen. Morgen bedeckt, mal

► Kinderleicht Seite 6 ► Börse Seite 10



Eltern: Schulcomputer fehlen

Umfrage der baden-württembergischen Zeitungen belegt Mängel bei Digitalisierung.

Von Rainer Pörtner

er oft beschworene Digitalisierungsschub durch Corona hat die Schulen in Baden-Württemberg bisher nur begrenzt erreicht: Zwei Drittel der Eltern haben den Eindruck, dass sich die Ausstattung der Schulen mit Computern und anderen digitalen Medien in den letzten Monaten nicht verbessert hat. Das ist das Ergebnis des BaWü-Checks, einer Umfrage im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf das Bildungssystem durchgeführt wurde.

Die Krise hat den Eltern nach Einschätzung der Demoskopen auch bewusst gemacht, dass Lehrer im Allgemeinen für den digitalen Unterricht nicht ausreichend ausgebildet und geschult sind. Lediglich zehn Prozent der Bevölkerung halten die Ausbildung der Lehrer in diesem Bereich für ausreichend, von den Eltern chend ausgebildet und geschult sind. Bei sind es 18 Prozent. 68 Prozent der Eltern

BaWüCheck

Gemeinsam fragen 78 Tageszeitungen nach Top-Themen des Landes: Wie zufrieden sind die Baden-Württemberger mit der Regierung? Welche Agenda setzen sie der Politik?

Die repräsentativen Antworten liefert unser BaWüCheck in mehreren Teilen bis zur Landtagswahl.

bezweifeln laut der Umfrage unter mehr als 1000 Personen ausdrücklich, dass Lehrer für den digitalen Unterricht hinreiden Schulschließungen im Frühjahr ha-

ben die Väter und Mütter im Land praktische Erfahrungen mit dem Homeschooling ihrer Kinder gemacht. Während die Eltern ihre eigenen Haushalte überwiegend gut mit Computern ausgestattet sehen, beobachten sie große Defizite bei den Schulen: 37 Prozent bewerten die Ausstattung der Schule der eigenen Kinder als eher schlecht, 21 Prozent als sehr

Aufgrund der aktuell stark ansteigenden Corona-Infektionszahlen machen sich zwei Drittel der Eltern im Land große oder sogar sehr große Sorgen, dass ihre Kinder kurzfristig nicht mehr zur Schule oder in die Betreuungseinrichtungen gehen können. Für die überwältigende Mehrheit der Eltern wie auch der gesamten Bevölkerung in Baden-Württemberg hat eine verlässliche Betreuung der Kinder eine außerordentlich große Bedeutung: 92 Prozent der Eltern ist es wichtig oder sehr wichtig, dass auch in Krisenzeiten ein verlässlicher Schulunterricht und eine verlässliche Betreuung von Kindern ge-

währleistet ist. Seiten 2 und 4

Mindestlohn steigt auf

2022 auf 10,45 Euro angehoben.

Heil (SPD) sagte, die von der Mindestlohnkommission vorgeschlagene Anpassung orientiere sich an der Tarifentwicklung, berücksichtige aber auch die wirtschaftlichen Unsicherheiten der Corona-Pandemie. Die Lohnkostensteigerungen für die Unternehmen würden so verteilt, dass sie tragbar seien. Zugleich werde der Mindestschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessert. "Ich sehe aber perspektivisch noch deutlich Luft nach oben", fügte Heil hinzu.

10,45 Euro

Berlin - Der gesetzliche Mindestlohn wird in den kommenden beiden Jahren auf 10,45 Euro pro Stunde angehoben. Das hat das Bundeskabinett beschlossen. Die Lohnuntergrenze wird in vier Schritten steigen. Die erste Anhebung erfolgt zu Beginn des kommenden Jahres von derzeit 9,35 Euro auf 9,50 Euro. Zum 1. Juli 2021 steigt der Mindestlohn auf 9,60 Euro. Anfang 2022 wird er auf 9,82 Euro und für das zweite Halbjahr

Bundesarbeitsminister Hubertus

► Kreis Esslingen

Einzelhandel versucht sein Bestes

Mit allerlei Aktionen versuchen Städte und Marktvereine, dem Coronavirus zu trotzen und die Kauflaune in Schwung zu bringen. Beispiele aus Esslingen, Kirchheim und Ludwigsburg zeigen, wie es gehen kann: Dort will man für etwas Stimmung und ein schönes Einkaufserlebnis sorgen, aber es darf keine Party werden. Ein Bericht über die Ouadratur des Kreises. Seite 15

► Lokalsport

Kein Handball bis Ende November



Der Handball-Verband Württemberg (HVW) hat auf die zunehmende Zahl an Spielabsagen als Folge der Corona-Pandemie reagiert und den kompletten Spielbetrieb bis Ende November ausgesetzt. Nicht betroffen sind davon die überregionalen Klassen wie die 3. Liga. HVW-Präsident Hans Artschwager (Foto) erklärt im Interview die Gründe für die Entscheidung und wehrt sich gegen jüngst laut gewordene Kritik am Verband.

Neuhausen

Neue Perspektiven für den CAP-Markt

Mit dem neuen Betreiber NintegrA öffnet der CAP-Markt in Neuhausens Ortsmitte wohl im April oder Mai 2021 wieder seine Pforten. Fachbereichsleiter Jörg Moosmann plant vor der Eröffnung umfangreiche Renovierungsarbeiten. Er lobt den Einsatz der Kommune und freut sich, dass Gemeinderat Erich Bolich (SPD) den Kontakt vermittelt hat.

Söder und Scholz unter Druck

Untersuchungsausschuss zu Wirecard-Skandal.

Von Matthias Schiermeyer

er Untersuchungsausschuss des Bundestags zum Wirecard-Skandal nimmt an diesem Donnerstag seine reguläre Arbeit auf. Der FDP-Obmann Florian

Toncar hat hohe Erwartungen: "Ich gehe davon aus, dass der Ausschuss erhebliche Versäumnisse und Fehleinschätzungen bei der Finanzaufsicht und auch bei den Ermittlern in Bayern zutage fördern wird", sagte der Böblinger Bundestagsabgeordnete unserer Zeitung. Der Zahlungsdienstleister Wirecard musste Ende Juni Insolvenz anmelden, weil aufgrund

jahrelanger Bilanzfäldurch ehemalige Führungskräfte Schulden von bis zu 3,2 Milliarden Euro aufge-

laufen sind. 1,9 Milliarden Euro sollen an-

geblich auf Konten in Asien liegen. Insolvenzverwalter Michael Jaffe stellte aber fest, dass die Konten vor der Insolvenz "leer geräumt" worden seien.

Im Untersuchungsausschuss geht es vornehmlich um politische Verantwortlichkeiten. "Im Endeffekt

haben es die Behörden im Bund und in Bayern Wirecard vermutlich sogar erleichtert, sich als armes Opfer ausländischer Spekulanten und Medien darzustellen, etwa indem die bayerischen Behörden gegen Journalisten ermittelt haben und nicht gegen Wirecard selbst", sagte Toncar. "Sowohl dem SPD-Kanzlerkandidaten Scholz, als auch CSU-Chef Söder

dürfte es nach dem schungen und anderer Betrügereien Untersuchungsausschuss sehr schwer fallen, sich den Bürgern weiter als erfahrene und professionelle Regierungsprofis darzustellen."